



Demokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourkarten.

Er scheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 31. August 1922.

Nr. 204.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In den letzten Tagen haben Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit eine beängstigende Ausdehnung angenommen. Tausende Arbeiter müssen Kurzarbeit leisten, sehen sich in ihrer Lebenshaltung bedroht, tausende anderer sind völlig arbeitslos und dadurch furchtbarster Not und grauenvollem Elend preisgegeben. Die Hände, die arbeiten wollen, müssen feiern, Familienväter stehen hoffnungslos dem Hunger und Elend ihrer Frauen und Kinder gegenüber.

In diesen jammervollen Tagen erfährt die Arbeiterklasse wieder einmal an ihrem traurigen Los, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ständige Unsicherheit in das Leben des arbeitenden Menschen bringt, ihn immer und immer wieder der Gefahr der Arbeitslosigkeit aussetzt, Hunger und Elend ständige Gäste in den Arbeiterfamilien sind.

Die kapitalistische Organisation der Gütererzeugung und Verteilung führt mit Naturnotwendigkeit zu Ueberproduktion und Krise. Die entsetzliche Kollage jedoch, in die die Welt nach dem Kriege geraten ist, die alle unsere früheren Vorstellungen von wirtschaftlichem Elend übersteigt, ist die Folge der verbrecherischen Politik der „Sieger“ im Weltkriege. Sie haben Deutschland so unerhört große Lasten aufgebürdet, daß sich dieses große Reich immer mehr einer wirtschaftlichen Katastrophe nähert, die auch seine Nachbarländer mit in den Abgrund zieht. Die „Sieger“ haben an der Südgrenze dieses Staates, in Oesterreich, ein zweites lebensunfähiges Gebilde geschaffen, das gleichfalls ein Herd schwerer wirtschaftlicher Gefahren für ganz Mitteleuropa geworden ist. Die rege wirtschaftliche Verbindung mit diesen beiden Staaten, in die 1921 70 Prozent unserer Ausfuhr gingen und aus denen 55 Prozent unserer Einfuhr kamen, macht das Schicksal Deutschlands und Oesterreichs fast zu unserem Schicksal. Ihr wirtschaftliches Emporbühen wäre uns zum Segen, ihr wirtschaftlicher Niedergang wird uns zum Verhängnis. Der Wertverfall der Währungen dieser beiden Länder raubt unserer Industrie die Absatzgebiete und macht sie konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkte. Unsere Industrie ist von der Gefahr des Zusammensturzens, einzelne ihrer Zweige von der Vernichtung bedroht.

An dieser Entwicklung tragen alle Regierungen, die dieser Staat seit seinem Bestehen hatte, ihr gerüttelt Maß von Mitschuld. Sie haben die unheilvolle Politik, die das imperialistische Frankreich Deutschland gegenüber betreibt, eifrig unterstützt, sie haben die Zustände mitgeschaffen, unter denen Europa leidet und durch die Europas Wirtschaft und Kultur in ihrem Bestande bedroht sind. In diesen Wochen, da Massenentlassungen vorgenommen werden, sich die völlige Stokung des Geschäftsganges in unerhörtem Umfange vollzieht, befißt die tschechoslowakische Republik eine im Zustande der Demission befindliche Regierung, die nicht den Willen und die Kraft hat, irgend etwas zu tun, um die Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeiterschaft auch nur im geringsten zu mildern.

Wir klagen die Regierung an, daß sie leichtfertig und bedenkenlos, untätig und ohnmächtig seit Monaten der katastrophalen Entwicklung der Industriekrise zuseht.

Die Gesamtvertretung der deutschen Arbeiterschaft und auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft aller Nationen haben sie auf den Ernst der Lage längst genügend aufmerksam gemacht und positive Vorschläge erstattet, wie die stets wachsende, unheimliche Ausdehnung gewinnende Arbeitslosigkeit einzudämmen wäre.

Die Regierung sieht dem Treiben des Bankkapitals und der hemmungslosen Spekulation ruhig und gleichmütig zu, steht zu, wie die tschechoslowakische Krone auf den Börsen des In- und Auslandes über ihren inneren Wert hinausgetrieben wird, wodurch sich die Spekulanten und Schieber aller Länder bereichern.

Die Regierung steht vollständig unter dem Diktat der Bankkapitalisten.

Die Arbeiterklasse würde das Steigen der Krone begrüßen,

wenn die Preise der notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter entsprechend sinken würden.

Aber trotzdem die tschechoslowakische Krone seit dreiviertel Jahren um das Dreifache in ihrem Werte gestiegen ist, sind die Preise dieselben geblieben.

In dieser für die Arbeiterklasse unheilvollen Lage

denken die besitzenden Klassen auf dem Lande in ihrer hemmungslosen Profitgier daran, den arbeitenden Menschen den Brotkorb noch höher zu hängen,

indem sie die Lebensmittel des Arbeiters mit hochschützellen belasten wollen. Die Regierung Benesch kann nicht sterben und eine neue Regierung kann nicht zur Welt kommen, weil die Agrarier als Bedingung für ihre Mitarbeit im Staate, als Lohn für ihren lauberen „Patriotismus“ hohe Getreidezölle fordern. Die Arbeiter mögen zugrunde gehen, wenn nur Großgrundbesitzer und Großagrarier noch fettere Profite machen, als sie es aus dem Kriege und der Nachkriegszeit gewohnt sind.

Die Geduld der Arbeitermassen wird auf eine harte Probe gestellt. Die drohenden Verzweiflungsausbrüche der Arbeitslosen will die Regierung mit einigen unverbindlichen Redensarten bannen.

Die klaffenbewusste deutsche Arbeiterschaft verlangt von der Regierung, daß diese

sofort Maßnahmen trifft, um das Los der Arbeitenden und der Arbeitslosen zu bessern.

Sie verlangt vor allem die

sofortige Einberufung des Parlaments

Im Augenblicke der höchsten Not der arbeitenden Menschen darf die Volksvertretung nicht schweigen.

Es ist ihre Aufgabe, sich der Opfer der Wirtschaftskrise anzunehmen und

außerordentliche Kredite zur Unterstützung aller Arbeitslosen

zu bewilligen. Ungefährt müssen staatliche Notstandsarbeiten vollführt werden, um einem Teil der Arbeitslosen Brot und Arbeit zu geben.

Die Regierung muß die ungeheuren Machtmittel, die sie besitzt, zu einem energischen Druck auf alle Produzenten und Händlerkreise, von der Großindustrie und der Landwirtschaft angefangen, ausüben, damit sich endlich der

Preisabbau

in beschleunigtem Tempo, für die arbeitende Bevölkerung fühlbar, vollzieht.

Wir verlangen die Durchführung des Baues der im Budget für das laufende Jahr vorgesehenen öffentlichen Gebäude und aller anderen vorgesehenen Investitionsarbeiten. Durch eine Wohnbausteuer sollen die Mittel geschaffen werden, um private Wohnhäuser zu errichten, wodurch der Arbeitslosigkeit und zugleich der drückenden Wohnungsnot Einhalt getan werden könnte. Im Interesse der Beschäftigung der industriellen Arbeiter stellen wir die Forderung nach Aufhebung der Kohlensteuer, Herabsetzung der Frachttarife, nach Verbot der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit und die Schaffung eines Gesetzes, das unbegründete und willkürliche Betriebsbeschränkungen und -Einstellungen verhindert. Mit allen unseren Nachbarstaaten sind Wirtschaftsverträge abzuschließen, um den Absatz unserer Industrieartikel zu erleichtern. Vor allem aber müßte die auswärtige Politik dieses Staates dazu dienen, im Verein mit anderen Ländern dem mörderischen französischen Imperialismus einen Damm entgegenzustellen, weil sonst Deutschland und Oesterreich von völliger Vernichtung bedroht sind, was auch eine furchtbare Gefahr für die wirtschaftliche Existenz der Bevölkerung der tschechoslowakischen Republik wäre.

Zum Kampf um diese Forderungen rufen wir Euch, Arbeiterinnen und Arbeiter, auf!

Zeiget den herrschenden Klassen und Machthabern dieses Staates in großen Versammlungen und Kundgebungen, daß Ihr nicht gleichgültig Eurem Schicksal gegenübersteht, daß noch die alte Kraft und Leidenschaft in Euch lebt, die Euch bisher von Sieg zu Sieg geführt hat.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Kleine Entente und Demokratie.

Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratie hat sich vor einigen Tagen in einem — wie wir gerne zugeben — sachlichen Artikel mit der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Kleinen Entente befaßt. Die Gegensätze, die zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie in den Fragen der auswärtigen Politik, die in den letzten Tagen erhöhte Aktualität gewonnen hat, bestehen, sind so groß, daß es, wie das Blatt schreibt, einer eingehenden Auseinandersetzung bedarf. Diese Auseinandersetzung wird vom „Bravo Lidu“ dadurch erleichtert, daß sich das Blatt vollständig hinter die Politik des auswärtigen Amtes der Tschechoslowakei stellt — ja, es betont sogar, daß die Politik Benesch von der tschechischen Sozialdemokratie „von allem Anfang an sehr offen und entscheidener als durch die bürgerlichen Parteien unterstützt“ wurde. Es ist also nicht notwendig, gegen irgendwelche Reden oder Artikel in Versammlungen oder in der Presse der tschechischen Sozialdemokratie zu polemisieren. Indem man die auswärtige Politik der Tschechoslowakei kritisiert, kritisiert man auch die auswärtige Politik der tschechischen Sozialdemokratie.

Das Hauptblatt der tschechischen Sozialdemokratie gibt selbst zu, daß sich die auswärtige Politik der Tschechoslowakei in nichts anderem besser darstellt, als in der Schaffung und Fortbildung der sogenannten Kleinen Entente, des politischen und militärischen Bündnisses zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Dieses Bündnis wird nur sehr sonderbarerweise von der tschechischen Sozialdemokratie als ein „Bollwerk der mitteleuropäischen Demokratie“ hingestellt. Demgegenüber müssen wir auf die auffällige Tatsache hinweisen, daß wir unter den Stützen der mitteleuropäischen Demokratie Deutschland und Oesterreich, die doch auch demokratische Staaten sind und in Mitteleuropa liegen, vermissen. Ja, wir glauben sogar, daß sowohl Deutschland als auch Oesterreich sich als demokratische Staaten mit dem Vojarenstaat Rumänien und dem Polizeistaat Jugoslawien sehr wohl messen können. Wie will man die Demokratie in Mitteleuropa stützen, wenn man Deutschland und Oesterreich ganz außer acht läßt, ja wenn die Kleine Entente eine Politik betreibt, die zumindest nicht immer von den freundschaftlichsten Gefühlen für die beiden genannten Staaten erfüllt ist. Das „Bravo Lidu“ fühlt ja selbst, daß es mit der Demokratie Jugoslawiens und Rumaniens nicht weit her ist, indem es schreibt, daß das innerpolitische Regime Jugoslawiens und Rumaniens sehr viel „Schattenseiten“ hat. Angesichts des völlig reaktionären Regimes der beiden Bundesgenossen der Tschechoslowakei, wo doch die Wahlen in Rumänien vor kurzer Zeit gezeigt haben, daß man dort mit allen Mitteln der Gewalt die Befestigung der Bevölkerung korrigiert und in Jugoslawien Kroaten, Sozialisten und Kommunisten gewaltsam unterdrückt werden, spricht die Meinung des „Bravo Lidu“, daß das Regime Jugoslawiens und Rumaniens „Schattenseiten“ aufweise, von einer staatsmännischen Wäfigung in der Beurteilung der Reaktion, wie es in der internationalen Sozialdemokratie bisher nicht üblich war. Da geben wir dem „Bravo Lidu“ schon eher recht, wenn es behauptet, daß die Politik der Kleinen Entente von jenen Kräften bestimmt wird, die auch bei der Schaffung der tschechoslowakischen Republik am Werke waren.

Welche Kräfte das waren, brauchen wir weder unseren Genossen noch dem Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Die tschechoslowakische Republik ist eine Schöpfung des Gewaltfriedens von Versailles, dessen Durchführung mit Demokratie wahrhaftig wenig zu tun hat. Wie aus den Schriften und Denkwürdigkeiten derjenigen hervorgeht, die als handelnde Personen an den Friedensschlüssen von Versailles

und St. Germain teilgenommen haben, hat bei der Abfassung der Friedensverträge Frankreich einen vollständigen Sieg errungen und die neue Machtverteilung in Mitteleuropa ist den Wünschen Frankreichs angepaßt worden. Alle Staaten, die auf dem Boden Mitteleuropas entstanden sind, haben ihre Ausdehnung dem französischen Imperialismus zu verdanken, dem sie infolgedessen vollständig untertan sind. So ist auch die kleine Entente, eine Vereinigung der Vasallen Frankreichs, dazu bestimmt, der französischen Politik in Mittel- und Südosteuropa ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Die tschechoslowakische Außenpolitik befindet sich — das zeigten auch die Verhandlungen Seipels in Prag — vollständig im Schlepptau Frankreichs und es ist sehr eigentümlich, daß die tschechische Sozialdemokratie noch stolz darauf ist, gerade mit der Regierung jenes Landes politisch innig verbunden zu sein, das die schwächste Arbeiterbewegung aufweist und in dem sich der politische Imperialismus einer siegreichen Kapitalistengruppe am ungezügeltsten austoben kann.

Das „Pravo Lidu“ betont auch die eminente wirtschaftliche Bedeutung der kleinen Entente. Davon hätte das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie erst gar nicht reden sollen. Keine noch so ernst gemeinten Beteuerungen der tschechischen Sozialdemokratie und der tschechischen Parteien überhaupt können auf ein Eindringen machen angeht der klaren Sprache, welche die Ziffern unserer Handelsbilanz sprechen, die gar keinen Zweifel darüber lassen, daß die Tschechoslowakei nicht mit Jugoslawien und Rumänien, sondern mit Deutschland und Oesterreich wirtschaftlich aufs innigste zusammenhängt. Nach den Angaben des statistischen Staatsamtes betrug im Jahre 1921 der Anteil Rumäniens, Jugoslawiens und Polens an der tschechoslowakischen Ausfuhr etwas über sieben Prozent, der Anteil Deutschlands und Oesterreichs aber über 55 Prozent. Wir führen also nach Deutschland und Oesterreich, zu denen unsere Beziehungen, um in der Sprache des auswärtigen Amtes zu reden, „korrekt“ sind, achtmal so viel aus als zu unseren Verbündeten, die für uns angeblich eine so ungeheure wirtschaftliche Bedeutung haben.

Es hat einmal eine Zeit gegeben — und es ist noch nicht so lange her — da hat man Bündnisse mit anderen Staaten im Namen der Demokratie verdammt und den Völkerbund als Ersatz für alle Bündnisse bezeichnet. Von diesen Prinzipien scheint die tschechoslowakische Sozialdemokratie schon längst abgekommen zu sein. Sie lobt ein Bündnis, das ganz im Stile der alten Vorkriegsbündnisse gehalten ist — wer erinnert sich nicht an den Dreibund unseligen Angebens —, das noch einmal dazu dienen kann, uns in die jugoslawisch-italienische Feindschaft zu verwickeln und juchendes Unglück über die Bevölkerung dieses Staates zu bringen.

Wir müssen also der tschechischen Sozialdemokratie sagen, daß wir uns beim besten Willen für das Bündnis mit Rumänien und Jugoslawien weder erwärmen noch begeistern können. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie sagt zwar, daß wir dies aus nationalen Gründen tun und daß wir alles vom Standpunkt Ludgmanns oder Baerans aus betrachten, wogegen wir nur darauf hinzuweisen haben, daß wir mit der deutschen Bourgeoisie nicht in so enger Gemeinschaft stehen wie die tschechischen Sozialdemokraten mit Kramar und Rasin. Die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechische Bourgeoisie sind in einer Regierung, woraus schon hervorgeht, daß die tatsächlichen Erfordernisse der tschechischen Sozialdemokratie bewirken, auch die Außenpolitik dieses Staates so zu betreiben, damit die tschechische Bourgeoisie zufrieden ist. Demgegenüber steht die deutsche Sozialdemokratie in keinerlei politischer oder tatsächlicher Gemeinschaft mit den deutschbürgerlichen Parteien und es wirkt daher jeder diesbezügliche Vorwurf, den uns die tschechischen Sozialdemokraten machen, im Inland und im Ausland nur lächerlich. Daß es Bedauern zu Rasin näher hat als wir zu Baeran wissen die tschechischen Sozialdemokraten genau so gut wie die gesamte politische Öffentlichkeit allüberall.

Gegen Deutschlands Ausplünderung.

Berlin, 30. August. Die in den letzten Wochen in den schlesischen Grenzbezirken, besonders in Breslau, immer stärker werdenden Invasionen valaischer Ausländer, vor allem aus der Tschechoslowakei, hat nach einem Breslauer Telegramm des „Berliner Tageblatt“ die Behörden zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Der Landtag des Kreises Glatz fordert gesetzliche Unterlagen für ein strenges Vorgehen gegen die Ausplünderung deutscher Gewächse. Der Oberstaatsanwalt in Reize macht bekannt, daß er gegen jeden Gewerbetreibenden, der lebenswichtige Waren an Ausländer verkauft, wegen Beihilfe an verbotswidriger Ausfuhr strafrechtlich eingreifen werde. Der Oberpräsident von Niederschlesien erließ eine Polizeiverordnung gegen den Ausverkauf durch Ausländer.

Heute Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 20. August. Da die deutschen Vorschläge der Reparationskommission erst morgen gegen Mittag unterbreitet werden können und die Reparationskommission infolgedessen diese Vorschläge nicht vor Ende des Tages prüfen kann, wird die Reparationskommission wahrscheinlich erst am Donnerstag ihre endgültige Entscheidung treffen. Der Ministerrat, der am Donnerstag vormittags im Elysee stattfinden sollte, um über die Entschlüsse der Reparationskommission zu beraten, wurde auf Freitag vormittags verlegt.

Inland.

Die tschechischen Nationalsozialisten und die Wirtschaftskrise. Der Vorstand der tschechischen nationalsozialistischen Partei hat am 28. August eine Beratung über die Wirtschaftskrise abgehalten. Es kamen dort — in Anwesenheit der tschechischen nationalsozialistischen Gewerkschafter — die Folgen des Steigens der Valuta, die Industriekrise, Arbeitslosigkeit und Teuerung und der unerhörte Angriff des Industriellenverbandes auf die Arbeiterlöhne zur Verhandlung. Die Sitzung gelangte zur Aufstellung folgender Forderungen: 1. Maßnahmen gegen überflüssige Einschränkung und Einstellung von Betrieben. 2. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Ausführung des Investitionsprogramms, von Notbauten und Unterstützung der Baubewegung. 3. Regelung der Arbeitslosenunterstützung. 4. Verpflichtende Schiedskommissionen. 5. Herabsetzung der Kohlensteuer. 6. Regelung der Eisenbahn- und Posttarife. 7. Herabsetzung des Bankzinsfußes. 8. Zwang für die Finanzinstitute zum Bau von Häusern. 9. Regelung der Mieten für Mieter. 10. Befreiung des Außenhandels von allen Fesseln. 11. Freie Fleischzufuhr. 12. Befreiung der Bälle auf notwendige Bedarfsartikel. 13. Verbilligung der staatlichen Monopolartikel. 14. Bekämpfung der Preisartikelle. 15. Unterstützung der Einfuhr notwendiger Lebensmittel. 16. Errichtung von Detailverkaufsstellen für Fleisch. 17. Schaffung von Konsumtentenkammern. 18. Organisierung der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Der Parteivorstand der nationalsozialistischen Partei beauftragte die Vertreter der Partei in Regierung und Parlament, mit aller Kraft an der Durchsetzung dieser Forderungen zu arbeiten und fordert das Sekretariat der Partei auf, öffentliche Versammlungen abzuhalten.

Freitag Ministerrat wegen der kritischen Wirtschaftslage. Vorgestern hat im Parlamente eine Beratung des Ministerrates der koalitierten Parteien darüber stattgefunden, auf welche Weise der Teuerung und der durch das Ansteigen der Kö hervorgerufenen Industriekrise gesteuert werden soll. Es herrschte, wie die „Tribuna“ berichtet, die einseitige Anschauung, daß die Regierung sofort eine energische Aktion einleiten müsse, bei der sie die Unterstützung aller staatsbildenden Parteien gesichert habe. Am Freitag wird ein Ministerrat stattfinden — der letzte von der Abreise des Ministerpräsidenten nach Genf — der fast ausschließlich dieser Frage gewidmet sein wird. Als Grundlage der Verhandlung werden die Elaborate dienen, welche über Auftrag der Regierung von den einzelnen Fachreferenten in den Ressortministerien ausgearbeitet worden sind. Diese Ministerien haben, wie gemeldet, bereits gestern im Versorgungsministerium eine gemeinsame Beratung abgehalten. Bei dem Ministerrat am Freitag wird wahrscheinlich auch eine öffentliche gegen die Teuerung gerichtete Kundgebung der Regierung an die Bevölkerung der ganzen Republik beschlossen werden.

Die Minoritätendebatte der Interparlamentarischen Union. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ leitet ihren Bericht über die Debatte mit folgenden, durchaus richtigen Worten ein:

Zur Verhandlung standen die Rechte der Minoritäten und die Bedeutsamkeit dieser eminenten Frage des internationalen Rechtes geht vielleicht schon aus der Tatsache hervor, daß aus den drei Staaten, die in der Behandlung der Minoritäten zu den lebhaftesten Besprechungen Anlaß geben, aus der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien und aus Rumänien, von der herrschenden Nation zu der Minorität, wohl wegen dieses Punktes der Tagesordnung, niemand erschienen ist, und daß von den Vertretern Polens, obwohl ihrer nicht wenige anwesend sind, das Wort niemand zu nehmen wagte. Die Abstinenz wurde damit begründet, daß auch andere Staaten (der Entente, versteht sich) fernbleiben werden, aber ganz absehen davon, daß das noch immer kein Grund wäre, so ist es einfach nicht wahr: sowohl die Belagerer wie die Besiegten, auf die sich die Tschechen ausstrecken wollten, sind auf der Konferenz, und beide sehr stattlich, vertreten. Aber sowohl die Tschechen wie die Südslawen und die Rumänen wissen, wie schmerzhaft sie die Minderheiten behandeln, wieviel bei den Minderheiten gegen ihr räckschloßes und herrschaftliches System an Groll anheubt ist, und scheuen eine öffentliche Gröterung, die für sie wohl noch peinlicher ausfallen könnte, als es schon bei der Taunung der Völkerbundslina heuer in Prag der Fall war. Das ausgesetzte Referat des Barons Adelsward, des Präsidenten des Interparlamentarischen Rates, war also wahrscheinlich ein Strafgericht über all diese schändlichen und abscheulichen Verwaltungen, die am wenigsten Staaten zeigen, die ihr staatliches Dasein dem nationalen Selbstbestimmungsrecht verbannten, also dieses Recht gegenüber den Minoritäten besonders feindselig brachten sollten. Diese Vorlesungen ergänzte der deutschböhmische Abgeordnete Medinor in einbrudsvoller Weise, und wenn auch manche der

London, 30. August. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Entscheidung der Reparationskommission nicht mehr verzögert werden wird, und es wird, wie die Blätter melden, betont, daß sich die Mitglieder der Kommission bereits über alle Details geeinigt haben. Die Sitzung der Reparationskommission wurde um 12 Uhr 30 Minuten unterbrochen. Die neue Sitzung, in der Staatssekretär Dr. Schröder seine Ausführungen fortsetzen wird, wurde auf halb 4 Uhr angesetzt.

Maßregeln, die er bekämpft, eine Bekämpfung vom sozialen Gesichtspunkt erfahren müßten, so ist das Bild, das er von der Lage der großen deutschen Minorität in der Tschechoslowakei entwirft, so traurig es sich darstellt, im großen und ganzen richtig. Es ist ohne Zweifel der verhängnisvollste Fehler der tschechischen Republik, daß ihre herrschenden Klassen unfähig sind, den Widerwillen einer Verfassung zu begreifen, die über das nationale Recht einer so großen Minderheit autokratisch vorgeht. Dieser Fehler wird sich, wenn er nicht aufgegeben wird, schwer rächen.

Die Augen Ratschläge des Handelsministers. Dem „Pragat Mag. Stribar“ zufolge empfing Handelsminister Novak dieser Tage in Brno eine Delegation magyarischer Industrieller, Kaufleute und Arbeiter, welche ihm die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Handels und der Industrie in der Slowakei schilderten. Minister Novak antwortete, wenn das wahr sei, was ihm vorgebracht worden sei, dann wäre keine Hilfe möglich, doch glaube er nicht, daß die Krise in der Slowakei größer sei, als in den übrigen Teilen der Republik. Für einen Teil des Staates können nicht besondere Gesetze erlassen werden. Nicht der Staat sei schuld an dem Steigen der Valuta, ebenso wie Deutschland nichts dafür könne, daß die Mark sinkt. Wir müssen mit den gegebenen Tatsachen rechnen. In erster Reihe sollen die Preise der Lebensmittel reduziert werden. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß im Laufe von vier Wochen sich alles ändern werde und forderte Gehuld. — Also zunächst wird erklärt, daß keine Hilfe möglich sei. Sofort aber tröstet sich der Handelsminister selbst damit, daß es nicht so schlimm wäre. Und schließlich verspricht der Minister eine Änderung im Laufe von genau vier Wochen. Warum dieses präzise Datum plötzlich hereinreißt und mit welchen Mitteln der Minister diese Änderung bewirken will, darüber hüllt er sich allerdings in distinktes Schweigen.

Slowakisch-ruthenische Annäherung? Unter diesem Titel melden die gestrigen „Nobove Noviny“, daß Beratungen zwischen Gintka und den Ruthenen wegen einer politischen Annäherung zwischen Slowaken und Ruthenen stattgefunden haben. Es steht fest, daß die slowakische Volkspartei und die russische Nationalpartei einander nahe sind. Das einzige Mißverständnis könnte angeblich bei der Verhandlung betreffend die Grenzen zwischen Karpathenland und der Slowakei entstehen. Die Hlinkapartei sei aber auch da zu kleinen Korrekturen und Kompromissen bereit.

Heraus zu den Massendemonstrationen!

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung!

Die bedrohliche wirtschaftliche Situation, die Massenentlassungen, das riesenhafte Wachsen der Arbeitslosigkeit erfordern den Aufmarsch der gesamten Arbeiterschaft als Bekämpfung unseres energischen Kampfwillens.

Gemäß dem Beschlusse des Volksgauschusses des Parteivorstandes finden

am 6. und 7. September sofort nach Arbeitschluss

große Versammlungen

in allen Bezirksstädten mit folgender Tagesordnung statt:

„Gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit, für den Preisabbau!“

Arbeiter erscheint bis auf den letzten Mann bei diesen Versammlungen!

Genoffinnen, kommt vollzählig zu diesen Kundgebungen, die der Regierung und den Besatzklassen zeigen sollen, daß eure Geduld ein Ende hat.

Die tschechische Sozialdemokratie zur Wirtschaftskrise.

Die Abgeordneten und Senatoren der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielten heute den ganzen Tag über eine Sitzung ab, welche Beratungen über die wirtschaftliche und politische Situation gewidmet war. Das politische Referat erstattete Abg. A. Ster, das wirtschaftliche Abg. Dr. Rejzner. Minister für soziale Fürsorge Sabrman gab Aufklärung über das Investitionsprogramm der Regierung, über den Umfang der Arbeitslosigkeit und über sozialpolitische Fragen. Nach ausführlicher Debatte wurde eine vom Volksgauschuss beantragte Kundgebung angenommen, worin konstatiert wird, daß die heutige schwierige Wirtschaftskrise durch den jähen Aufstieg der Krone an den ausländischen Börsen verursacht wurde, welcher zum Teile natürlichen Ursachen (der Deflationspolitik und der Konsolidierung der staatlichen Wirtschaft), zum großen Teile aber auch künstlichen Ursachen, insbesondere der ziellosen heimischen und ausländischen Spekulation zugeschrieben werden kann. Um die Folgen der Krise abzuwenden oder wenigstens zu mildern, ist ein Einschreiten des Staates notwendig, denn diejenigen, welche die Organisation der Erzeugung in der Hand haben, richten sich nur nach ihren privatkapitalistischen Interessen. Eine dauernde Regelung wird nur durch eine vollkommene Aenderung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung erreicht werden. Für die jetzige Zeit werden folgende Maßnahmen verlangt:

1) Geldmarkt und Valutafrage. Aufsicht über die Valutaspekulation und Bestrafung von Ausschreitungen. Herabsetzung des Zinsfußes des Bankamtes und Verbot, höhere Wechselzinsen zu verlangen als ein Prozent über den Zinsfuß des Bankamtes. Intervention gegen große Schwankungen unserer Währung.

2) Arbeitslosigkeit und Industriekrise. Beschleunigung der Investitionsarbeiten (Bau von staatlichen Gebäuden, Wohnungen für die Staatsangestellten, Straßen und Bahnen), Vorbereitung für die Investitionsarbeiten im Staatshaushalte für das kommende Jahr, Befreiung der Verzögerungen bei der Durchführung des Gesetzes über die Baubewegung, Unterstützung der Ausfuhrindustrie mit Hilfe eines besonderen Garantiefonds, Aufhebung der Kolsabgabe, Herabsetzung der Abgabe für Industrielohe und Reform der Transporttarife, Einstellung eines Betrages von 100 Millionen Kronen im Nachtragsetat zur Unterstützung der Arbeitslosen, genaue monatliche Veröffentlichung der Arbeitslosenstatistik.

3) Löhne und Kündigung: Errichtung von paritätischen Lohngerichten, welche die Löhne nach dem amtlichen Preisindex zu regulieren hätten. Anwendung des Einflusses der Administrative gegen die Einstellung der Erzeugung und die Massenentlassungen der Arbeiterschaft. Aufhebung aller vereinbarten Kündigungsfristen, die länger sind als die gesetzlichen.

4) Preise der Lebensmittel: Bekämpfung des Wuchers, Regelung des Gesetzes über die Verzehrsteuer, Freigabe der Einfuhr von Lebensmitteln, insbesondere Mehl und Fleisch, Aufhebung der Zölle für Kaffee, Kakao und andere Lebensmittel. Revision des Zolltarifes hinsichtlich der Einfuhr von Industrieerzeugnissen, insbesondere Aufhebung des Bewilligungsverfahrens, Erleichterungen für den Lebensmitteltransport in von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Gebiete, Aufsicht über Kartelle und Preisvereinbarungen, Aufrechterhaltung des Ministeriums für Volksernährung als Amt, das die Interessen der Konsumenten schützt, Voraussetzung für seine Liquidierung ist die Errichtung von Arbeits- und Verbrauchskammern.

Aus der Mitte der Versammelten wurde eine Deputation (die Abgeordneten Johannis, Aker, Hampf, Benda und Senator Svoboda) zum Ministerpräsidenten Dr. Benes entsandt, welche die Ansichten und Forderungen der Versammlung verdolmetschte. Der Ministerpräsident bestätigte die Bereitwilligkeit und den Willen der Regierung, in diesen Fragen einzugreifen und teilte mit, daß in der nächsten Woche Beratungen der wirtschaftlichen Ministerien über diese Angelegenheiten abgehalten werden.

Italien und Südslawien.

Keine Aenderung des Status quo in Oesterreich. Belgrad, 30. August. (Tsch. P.-B.) Amtlich wird folgendes verlautet: Der hiesige italienische Geschäftsträger erklärte heute mittags im Ministerium des Aeußern beim Gehilfen des Ministers, bevollmächtigten Minister Reschic, um namens der italienischen Regierung bezüglich der italienischen Politik gegenüber Oesterreich folgendes zu erklären: Die italienische Politik gegenüber Oesterreich sei von der strengsten Durchführung des Vertrages von St. Germain inspiriert, welchen Italien strikte achten und daselbe auch von den anderen verlangen wird. Demnach wird sich Italien jeder Aenderung des Status quo widersetzen. Aus diesen Gründen wird es sich vor dem erzielten Einvernehmen mit ihren Verbündeten und den interessierten Nachbarstaaten jeder Entscheidung bezüglich der Frage der Rekonstruktion Oesterreichs enthalten. Die in Verona geführten Verhandlungen waren von ökonomischen Charakter.

Eine Zusammenkunft Schanzer-Rinic?

Rom, 29. August. Eine Telegraphenagentur kündigt die Zusammenkunft des Ministers des Aeußern Schanzer und des jugoslawischen Ministers des Aeußern Rinic an.

Keine Regierungsumbildung in Oesterreich.

Wien, 30. August. (Tsch. B.) Der Bundeskanzler Dr. Seipel informierte nach seiner Rückkehr aus Verona die Führer der Parteien über die weiteren Maßnahmen der Regierung. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Frage der Konzentration der drei größten österreichischen Par-

teien zur Erörterung. Diese Verhandlungen wurden heute abgeschlossen, hatten jedoch ein negatives Ergebnis, sodass vorläufig keine Veränderung eintritt. Die heutige Koalitionsregierung der Christlichsozialen und Großdeutschen Partei bleibt erhalten.

Ausland.

Die Not der deutschen Arbeiterpresse.

Die Krise, die schon seit Monaten das Zeitungsgewerbe bedroht, ist jetzt in ein verschärftes, wenn nicht entscheidendes Stadium getreten. Man muß fürchten, daß die Zahl der Zusammenbrüche im Zeitungsgewerbe in allernächster Zeit noch gewaltig zunehmen wird. Letzten Endes ist dieser kritische Zustand bedingt durch die geradezu phantastische Steigerung der Preise für Druckpapier, die mit dem Dollar nahezu Schritt halten. Ein Kilo Zeitungsdrukpapier, das vor dem Kriege 20 Pf. gekostet hatte, war bis Januar d. J. auf 7 M. in die Höhe gegangen; es kostete im August 28 Mark und soll jetzt auf 80 Mark erhöht werden. Mit andern Worten: im September wird ein Kilogramm Zeitungspapier den 40fachen Friedenspreis kosten. Auch der übrige Materialaufwand im Zeitungsgewerbe hat sich enorm verteuert. Wenn schon die bürgerliche Presse über diese gewaltige Last schwere Klagen führt, so hat die Arbeiterpresse erst recht alle Ursache, dieser Entwicklung mit der größten Besorgnis entgegenzusehen. Viel mehr als die meisten bürgerlichen Zeitungen ist sie auf die Erlöse aus den Abonnements angewiesen, und sie kann sich nicht wie die übrige Presse durch Inzerate, die manchmal mit Zugeständnissen an die interessierten Kreise verbunden sind, für den Ausfall schadlos halten. Die Arbeiterpresse ist in Gefahr, ihr stärkstes Machtmittel im Kampfe um ihr Recht und um die Verbreitung ihrer Forderungen vor der Defensivität zu verlieren oder in ihrem Wirkungsgrad beeinträchtigt zu sehen. Was das bedeutet, nachdem schon heute ein gewaltiger Teil der öffentlichen Meinung von den Interessen privater Geldgeber diktiert wird, darüber wird sich niemand einer Täuschung hingeben können. In demselben Maße wie die Arbeiterpresse zu Einschränkungen gezwungen wird, wird die Arbeiterschaft mundtot gemacht. Ungeheurer Opfer und gewaltiger Kraftanstrengung hat es bedurft, um die Arbeiterpresse zu dem zu machen, was sie heute ist, zu einem Organ, das die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Anschauungen anderer politischer Gruppen mit großem politischen Gewicht vertritt. Jetzt droht dieser kraftvollen Entwicklung durch die Rohstoffverknappung eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Nachdem ohnehin die Aufwandskosten einer Arbeiterfamilie durch die fortwährende Teuerung der Lebensmittel und Bedarfswaren in erschreckendem Ausmaße gestiegen sind, liegt es nahe, daß eine Anpassung der Bezugspreise an die erhöhten Produktionskosten der Zeitung weite Kreise abjehnen wird, noch weiter eine Tageszeitung zu halten. Der Arbeiter, der so handelt, der sich seines wichtigsten Kampfmittels begibt, schädigt damit sich selbst. Oft ist es nur ein Trugschluß, wenn man von den „hohen“ Zeitungsgebühren spricht. Man vergißt oft, daß es andere Waren des täglichen Bedarfs gibt, die noch viel gewaltiger im Preise gestiegen sind und die trotzdem noch gekauft werden. Aber man ist es nun einmal gewohnt, die geistige Nahrung minder zu achten, als die körperliche und als manche Genußmittel. Und so kommt es, daß die Wirkung steigender Bezugspreise im gesamten Zeitungsgewerbe ein Rückgang der Abonnentenzahl ist. Das ist ein offenes Geheimnis; es wird durch die Einstellung vieler Zeitungsbetriebe bestätigt, und es wäre Torheit, an der Gefahr vorbeizugehen, obwohl man gerade in der Arbeiterpresse oft genug die Wahrnehmung machen konnte, daß der weit aus derwiegende Teil der geschulten organisierten Sozialisten den Wert seines Blattes im Kampf um die Macht bisher richtig einschätzen wußte. Noch mehr als bisher muß sich die Arbeiterschaft bewußt werden, daß alle Demonstrationen und politischen Aktionen im Parlament an Wirkungskraft verlieren, wenn sie nicht von einer tatkräftigen und einflußreichen Presse unterstützt werden. Es ist also erforderlich, daß die Arbeiterschaft sich selbst zu einmütiger Abwehr aufrafft. Daß von gesetzlichen Maßnahmen nicht viel zu erwarten ist, erweist man daraus, daß das vom Reichstag beschlossene Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die Presse sich bisher als gänzlich unzulänglich gegenüber der katastrophalen Teuerung erwiesen hat, unauffällig steigen die Preise weiter. Das Sterben der Zeitungen, insbesondere aber auch die Gefährdung der Arbeiterpresse, bedeutete in Wirklichkeit die Erdrosselung der Demokratie. Die zunehmende Beherrschung der öffentlichen Meinung durch privatkapitalistische Interessen ist letzten Endes der Tod der Demokratie, die Auslieferung der Politik an wenige kapitalistische Gruppen. Die Arbeiterschaft, als wichtigste Trägerin des demokratischen Gedankens, hat die Aufgabe, ihre eigene Kraft ganz in den Dienst der Sache zu stellen und ihre bedrohte Presse zu stärken.

Spanisch-Portugiesisches.

Portugal hat wieder einmal eine Revolte durchgemacht. Die wievielte seit dem Jahr 1910 würde gar nicht leicht festzustellen sein. Diesmal war der Grund der Proteste der nationalen Arbeitergenossenschaft „Confederacion nacional del Tra-

bajo“ gegen die Erhöhung der Brotpreise und die gleichzeitig abgegebene Erklärung der Regierung, außerstande zu sein, weiter, wie bisher aus Staatsmitteln zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats beizutragen. Auf Parlamentsbeschluss war der Preis des Brotes auf beinahe zwei Escudos pro Kilo gestiegen, während ein Arbeiter in der Hauptstadt täglich bis zu acht, in Ausnahmefällen zehn Escudos verdienen kann. Der Nominalwert des Escudo soll etwa dem von 5 Schweizer Franken entsprechen, augenblicklich repräsentiert er kaum noch den von 50 Rappen. Es fehlte nicht an den üblichen Alarmnachrichten von der portugiesischen Grenze, nach denen zu schließen, im ganzen Land kein Stein auf dem andern geblieben sein könnte! Ebenso wenig fehlte es an den obligaten Beschwichtigungsverfuchen der portugiesischen Gesandtschaft in Madrid, die versichert, daß die Ordnung in keiner Weise gestört wurde. Tatsächlich wurde das alltägliche Leben und Treiben der Hauptstadt einige Male stundenweise unterbrochen durch Ansammlungen auf verkehrsreichen Plätzen, vor Zeitungsredaktionen, durch das Eingreifen der Gendarmen und regierungstreuer Truppen gegen die Demonstranten; es kam zu Schieberereien in den Straßen, einige Bombenattentate waren zu verzeichnen.

Für Spanien ist die Nachbarschaft dieses seit Jahren nicht zur Ruhe kommenden Kraters bedenklich, weil man sich wohl kaum mehr darüber täuschen kann, daß im eigenen Hause nachgerade genügende Mengen an Jübidstoff sich angesammelt haben. Drei Infektionsherde sind es namentlich, von denen eine nur selten unterbrochene Beunruhigung des sozialen Lebens ausgeht. Im asturischen Kohlendistrikt und in den Betrieben der Bilbaoer Schwerindustrie sind Streiks an der Tagesordnung. In Barcelona und im ganzen katalonischen Industriegebiet scheint die Gegnerschaft zwischen den beiden Syndikaten, dem sozialistischen und dem kommunistischen, aufs neue sich zuspitzen. Was aber in Barcelona vor sich geht, findet nur zu leicht sein Echo in Saragossa, in Valencia in Alicante. Im Süden der Halbinsel endlich sind die andalusischen Feldarbeiter, das Heer der beschloßenen Tagelöhner auf den riesigen, dort noch vorhandenen Latifundien, seit jeder anarchistischen Ideen besonders zugänglich. Der auf alle Landesteile sich ausbreitende Postbeamtenstreik endlich zeigt, daß der revolutionäre Geist, der die bestehenden Zustände als unerträglich empfindet, schon tief in Schichten eingedrungen ist, die sich anderwärts als Stützen aller konservativen Tendenzen, ja der Reaktion bewährt haben. Man acht also mit der Vermutung nicht fehl, daß die iberische Halbinsel über kurz oder lang der Schauplatz eines gründlichen Umsturzes und nicht nur von Revolten nach Art der bisherigen portugiesischen sein wird.

Telegramme.

Kein Eingreifen Amerikas.

Washington, 29. August. (Tsch. B.) Im Weißen Hause wird erklärt, Harding sei der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, an einer internationalen Konferenz zur Lösung der finanziellen Probleme teilzunehmen. Er habe nicht die Absicht, Hoover in irgendeiner Eigenschaft nach Europa zu schicken, wie vorgeschlagen wurde.

Auftrenn der Hungersnot in der Krim.

Paris, 29. August. (Gavas.) Die Hungersnot in der Krim ist ziemlich beseligt. Die Ernte sei einigermaßen befriedigend. Die Moskauer Regierung hat mit der Ausführung des russisch-türkischen Vertrages begonnen und einen Teil der Halbinsel Krim geräumt.

Griechische Mißerfolge.

Angora, 29. August. (Gavas.) Im Abschnitt von Nikomedia ziehen sich die Griechen zurück. Wenn der türkische Vormarsch in der Richtung auf Brussa andauern sollte, könnten die griechischen Truppen im Rücken abgeschnitten werden.

„Aufspürung“ eines ungarischen Kommunisten.

Budapest, 29. August. (MAB.) Heute nachmittags wurde der wegen seiner während der Proletariatsdiktatur begangenen Verbrechen und Hinrichtungen steckbrieflich verfolgte Bartholomäus Weinberger Bajda in der Inneren Stadt erkannt, worauf er die Flucht ergriff. Er begab sich in seine im Hause Franziskanerplatz Nr. 3 befindliche Wohnung und entkam seinen Verfolgern durch einen Sprung aus dem zweiten Stockwerk in den Hof des angrenzenden Hauses. Die Polizei hat seine Verfolgung aufgenommen.

Der Kongreß der interparlamentarischen Union.

Erster Tag.

Wien, 29. August 1922.

Im Sitzungslokal des ehemaligen Herrenhauses versammelten sich ungefähr 300 Parlamentarier nahezu aller Kulturländer. Nicht vertreten sind Jugoslawien und Rumänien. Aus der Tschechoslowakei ist Genosse Dr. Heller für die deutschen Sozialdemokraten, Abgeordneter Dr. Medinger für die Deutschbürgerlichen anwesend, und deren Mandate wurden in vollem Umfange anerkannt. Besonders zahlreich erschienen sind die Reichsdeutschen (darunter viele Genossen), die Italiener und die Ungarn. Unter letzteren befinden sich Sozialdemokraten nicht. Festgestellt muß werden, daß Frankreich, Belgien und England ihre Delegationen entsendet haben.

Nach Erledigung der Formalitäten erteilte der Vorsitzende Dr. Mataja dem ehemaligen holländischen Finanzminister Treub das Wort zu einem Referat über wirtschaftliche und finanzielle Fragen, das in einer Resolution ausklang, welche die Staaten auffordert, nach und nach vom Schutzzoll zum Freihandel überzugehen. Zu diesem Referat sprachen eine ganze Reihe von Rednern und es zeigte sich, daß die Forderung nach dem Freihandel insbesondere von amerikanischen Seite den schärfsten Widerspruch hervorrief. Besonders hervorzuheben sind die Worte des französischen Deputierten Genossen Moutet, der klipp und klar erklärte, der Vertrag von Versailles sei verfehlt, schaffe neues Unrecht und müsse geändert werden.

Immerhin zeigte sich, daß eine solche Konferenz Fragen wie die des Freihandels oder Schutzzoll kaum zu lösen imstande ist, wenn auch zugegeben ist, daß die Einsicht in die Schädlichkeit des Schutzzolles oder doch des Prohibitivzolles wenigstens in Europa zu wachsen scheint. — Mit scharfen Worten wendete sich der Referent in seinen Schlussworten gegen die hochschutzzöllnerischen Anschauungen der Amerikaner und empfahl, die von ihm beantragte Resolution zur Annahme. Der Antrag des Dänen Rode auf Rückverweisung an die Kommission und Berichterstattung noch in dieser Konferenz wird angenommen.

Hierauf berichtete der belgische Genosse La Fontaine über die Aenderung der Satzungen. Hervorzuheben wäre die Verteilung der Stimmen. Jede Gruppe hat fünf Stimmen und überdies je nach der Anzahl der Einwohner Zusatzstimmen, was eine bedeutende Bevorzugung der kleinen Staaten bedeutet. So hat die Tschechoslowakei 4, Deutschland neunzehn Stimmen.

Gegen den Krieg.

Die gestrige Sitzung.

Wien, 30. August. In der heutigen Sitzung der interparlamentarischen Konferenz erörterte Burton (Amerika), Bericht über die Washingtoner Konferenz und beantragte eine Resolution, daß die Interparlamentarische Union das Werk der Konferenz und alle Verträge und Übereinkommen unterstütze, die auf die Vermeidung des Krieges oder auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern abzielen. Bernstein (Deutschland) erklärte, die sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands, habe den festen Willen, nie wieder einen Krieg zu führen. Die Resolution des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

Tages-Neuigkeiten.

Entschlüsselter Unternehmerdank. Das „Prager Tagblatt“ vom 30. August brachte eine Abhandlung „Kündigungsfristen für Handlungsgehilfen“ (aus der Feder eines Herrn Dr. J. Lederer, Prag), die geeignet ist, die größte Verwirrung in den beteiligten Kreisen hervorzurufen. Gewissen Leuten ist es nicht genug an der grauenvollen Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Angestellten; das Elend muß noch größer werden, indem man es den Unternehmern recht leicht macht, ihre „Mitarbeiter“ auf das Pfahler zu setzen. Das ist der Tenor der Ausführungen dieses Herrn Dr. Lederer, der sich für seine Weisheiten will das von „Neutralität“ triefende „Prager Tagblatt“ als Ablagerungsstätte ausgesucht hat. Herr Dr. Lederer bemüht sich, den Unternehmern zu beweisen, daß sie nicht mehr an die durch die Verordnung vom 9. Januar 1919 verfügte Einhaltung der mindest sechsmonatigen Kündigungsfrist gebunden sind und auch einmonatliche Kündigungsfristen mit ihren Angestellten vereinbaren, d. h. ihnen aufzuzupieren können und manipuliert mit den diversen seit Kriegsende erschienenen Verordnungen. Leider ist Herr Dr. J. Lederer in der Hitze des Gefechtes das Maß über die Maßen, daß er vollständig die Verordnung vom 30. Juni 1922 Nr. 180 S. B., betreffend die neuerliche Verlängerung der Kündigungs-Einschränkungen und der Heimkehrbestimmungen übersehen hat:

Die Geltung der Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik vom 29. Dezember 1921, Nr. 198, S. B., die ursprünglich bis 30. Juni 1922 befristet war, ist neuerlich bis zum 31. Dezember 1922 verlängert worden.

Die bedeutet, daß der Arbeitgeber auch weiterhin, wenn nicht eine längere Kündigungsfrist vereinbart ist, Kündigungen nur im Sinne des § 20, Absatz 1, des Handlungsgehilfengesetzes erteilen, also auch weiterhin, falls nicht noch längere Kündigungsfristen vereinbart wur-

den, nur mit vorheriger sechsmonatiger Kündigungsfrist dem Angestellten dergestalt kündigen kann, daß die Kündigungsfrist mit Kalendervierteljahr endigt. Für Angestellte, die mehr als zehn Jahre bei ihrem Dienstgeber in Dienstleistung stehen, gilt die Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, die ebenfalls mit dem Kalendervierteljahrsschluß zu endigen hat.

Wir vertehen den Schmerz des Herrn Dr. Lederer und der „großen Industrie- und Handelskreise“, welche, wie er sich ausdrückt, sich nicht der „wünschenswerten Rechtsicherheit“ erfreuen, aber es ist leider nun so — vorläufig werden die Herren Unternehmer noch ihrer Humanität gewisse Beschränkungen auferlegen müssen. Vielleicht studiert Herr Dr. Lederer inzwischen die betreffenden Verordnungen; als findiger Kopf wird er gewiß bald Gelegenheiten finden, sich den ihm diesmal einschläpfen und so heiß ersehnten Unternehmerdank zu verdienen. Das „Prager Tagblatt“ jedoch, das unbeschden jeden Stumpfsinn abdruckt, wenn er sich nur gegen die arbeitenden Menschen richtet, und dem Unternehmertum damit gedient werden kann, wird dem Wohlwollen jener Angestelltenkreise empfohlen, deren Existenz durch solche juristische Tatzarennachrichten leichtfertig gefährdet wird.

Abonnieren und werbe! Bis zum 1. September d. J. soll jeder Vertrauensmann der Partei, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, jeder Gemeindefunktionär, jede Lokalorganisation und jede Ortsgruppe unserer Gewerkschaften, aber auch jeder Angestellte unserer verschiedenen Institutionen Abonnent des Zentralorgans der deutschen sozialdemokratischen Partei, des „Sozialdemokrat“ sein! Wir richten daher an alle jene Genossen und Genossinnen, welche noch nicht zu den Abnehmern unseres Blattes zählen, das bringende Ersuchen, die Anmeldung zum Bezuge ab 1. September d. J. unverzüglich vorzunehmen. 1016

Es gilt für sie, eine versäumte Pflicht nachzuholen! Darüber hinaus bitten wir aber alle Genossen und Genossinnen, durch persönliche Einflussnahme in ihren Organisationen, durch energische Werbetätigkeit von Mann zu Mann dem Blatte neue Abonnenten zu gewinnen. Wir verweisen auf die Abonnementsanmeldung im Inzeratenteil unserer heutigen Ausgabe. Setze jeder Genosse, jede Genossin, ihren Ehrgeiz daran, dem Zentralorgan der Partei, dem „Sozialdemokrat“ neue Abonnenten zuzuführen!

Gendarmen gegen Arbeiter. In der Krakauer Fabrik des Baron Klinger streikten die Arbeiter bekanntlich schon fünf Monate lang, weil der Herr Baron die im Betriebsauschuss tätigen Arbeiter widerrechtlich entließ und sich zu ihrer Wiedereinstellung nicht herbeilassen will, trotzdem das Schiedsgericht festgestellt hat, daß diese Entlassung ohne Zustimmung der Schiedskommission nicht hätte erfolgen dürfen. Der Ausspruch des Schiedsgerichtes stieß bei Klinger auf taube Ohren, er hofft, durch die lange Dauer der Streikbeeinstellung die Streikenden kirre zu machen. Diese Hoffnung will ihm nun nicht in Erfüllung gehen, ja, die Arbeiter verhalten sich so ruhig, daß selbst die Bezirkshauptmannschaft an ihrem besonnenen Benehmen nichts auszusagen hat. Da ereignete sich in den letzten Tagen das Unglaubliche, daß vorgangenen Freitag, wie der Reichenberger „Borwärtis“ meldet, 14 und Sonntag 18 Gendarmen in Klingers Fabrik gelegt wurden. Die Bezirkshauptmannschaft will mit dieser Kommandierung der Gendarmen nach Pragau nichts zu tun haben, weil die Arbeiter dazu keinen Anlaß gegeben hätten, folglich kann sie nur direkt über Befehl der Prager Zentralstellen erfolgt sein. Diese haben sich also blind und ohne Kenntnis der Verhältnisse dem Baron Klinger zu Handlangerdiensten hergegeben, damit er durch den Aufmarsch der bewaffneten Macht die Arbeiter provozieren kann und so wenigstens im Nachhinein eine lahmne Rechtfertigung für ein brutales Vorgehen habe. Nun ist ja das untreue Bündnis zwischen Staatsgewalt und Großindustrie eine der leidigen Tatsachen der kapitalistischen Welt. Aber in so unterhändler Form ist es in unserer „demokratischen Republik“ noch selten hervorgetreten und wir haben allen Grund, uns gegen die Einführung einer derartigen Prozedur energisch zu wehren.

Bitte, Vorsicht! In der Zeit vom 3. bis 10. September findet in Jägerndorf eine große land- und forstwirtschaftliche Wanderausstellung statt. Die deutschen Sozialdemokraten haben diese Ausstellung lediglich als vom wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Charakter getragene aufgefacht. Anders aber die bürgerlichen Parteien und deren Sprachrohr, die Toppauer „Deutsche Post“. Dieses Blatt der schlesischen Monarchisten und Polenrenzier propagierte in einer der letzten Nummer für eine Massenbeteiligung der Schuljugend beim Festzuge und forderte alle Sportvereine auf, am Festzuge teilzunehmen; die Radfahrer sollten gar mit geschmückten Rädern ausrücken. Es war nach der Stellungnahme der „Deutschen Post“ sofort klar, daß diese rein wirtschaftlich-wissenschaftliche Ausstellung zu einer nationalen Heerschau wird, für die man die Schulfugend in der größten Weise mißbrauchen will. Die sozialdemokratischen Arbeiter verwahren sich ganz entschieden gegen diese Absicht und werden Mittel und Wege zu finden wissen, um den Herren ihr Handwerk zu lepen. Den nationalen Auftrieb dieser Ausstellung können sie nicht absteuern; spricht doch am Wochberge anlässlich der abgehaltenen Audisfeier auch der Agrar Schöllich und ein Pfaffe. Wünschen die Herren vielleicht, daß einige hundert Radfahrer mit knallrotem Blumenschmuck aufmarschieren, desgleichen diese tausende Arbeiter mit roten Ketten? Wenn dies die Herren im Interesse des glatten Verlaufes der Ausstellung für gut erachten, wird es geschehen.

Es geht abwärts! Montag, den 28. August, hielt die kommunistische Jugendorganisation in Reichenberg eine öffentliche Versammlung ab, zu der sie sich einen Referenten aus Prag verschrieben hatte. Die Kommunisten gaben sich alle Mühe, Jung und Alt aus Reichenberg und Umgebung für diese Versammlung auf die Beine zu bringen, aber der Erfolg war, daß nicht ganz einhundertfünfzig Personen in dieser Versammlung anwesend waren. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß die Versammlungsbefucher lauter jugendliche und lauter revolutionäre Kommunisten gewesen sind. Ein großer Teil der Versammlungsbefucher waren erwachsene Arbeiter. Der Referent Bruno aus Prag sprach über alles Mögliche, nur nicht zur Tagesordnung. Sein Glück war, daß er eine Broschüre, „Der internationale Jugendtag“, bei sich hatte, aus der er der Versammlung eine längere Zeit Vorlesung halten konnte. Von unserer Seite traten ihm die Genossen Adolf Palme und Franz Leinmüller entgegen und zersäusten die habenscheinigen Argumente des Referenten, trotz des Widerstands der Kommunisten bis ins kleinste Detail. — Diese Versammlung war ein berechtetes Zeugnis dafür, daß auch in der kommunistischen Jugendbewegung der Kreis Reichenberg, Abend werden will.

Verbot einer kommunistischen Versammlung. Nach einer Mitteilung des gestrigen „Rude Pravo Boemeri“ wurde eine öffentliche, von den Kommunisten in Chrudin einberufene Versammlung, auf der Mina und Skala sprechen sollten, von der dortigen Bezirkshauptmannschaft verboten. Der Grund hierfür soll darin bestanden haben, daß Agrarier und Legionäre sich vorbereitet hätten, die Versammlung zu zerschlagen.

Eine verdiente Abfuhr Horsths. Wie bereits gemeldet wurde, hat die ungarische Regierung sämtliche Mitglieder der interparlamentarischen Union in Wien zum Besuch von Budapest eingeladen. Der Präsident des deutschen Reichstages Loebe erklärte heute vor ungarischen Journalisten, daß die deutschen Sozialdemokraten unter der Wirkung der Denkschrift der Karolyi-Gruppe keineswegs den Ausflug nach Budapest mitmachen werden. Er sagte: „Wir haben die Sache mit den Sozialdemokraten der übrigen Länder beraten und ich habe vollen Grund zur Vermutung, daß sich auch von diesen keiner nach Budapest begeben wird. Die heutige Regierung in Ungarn verfolgt die gesamte Arbeiterschaft. Wir können daher auf keinen Fall Gäste dieser Regierung sein.“ Graf Apponyi suchte im Laufe der heutigen Sitzung, Loebe zu überreden. Die Sozialdemokraten bestanden jedoch auf ihrer Weigerung.

Verzweiflungstat tscheischer Aufständischer. Dienstag nachts fielen in ungeschätzter Anzahl tscheische, die in Warzborough eingekerkert sind, ihre Lagerstätten in Brand. Das Feuer ergriff das Gebäude welches binnen Kurzem in Flammen gehüllt war. Wachleute machten um die Ordnung wieder herzustellen, von der Waffe Gebrauch. Zeitlich früh stürmten Nationaltruppen das Gefängnis und stellten die Ordnung wieder her.

Kritik darf nicht geißt werden. Das gestrige „Rude Pravo“ teilt folgendes mit: „Unlängst wurde eine Mitgliederversammlung der Kaspauer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Gögisten ohne Rangklasse bei Teilnahme von mehr als 200 länger dienenden Unteroffizieren abgehalten. Als die Anwesenden das Verhalten einiger höherer Offiziere kritisierten, erhob sich der als Regierungsvertreter anwesende Legionär-Major Podhradsky vom 27. Reg. und erklärte auf Befehl des Generals Danat, daß er eine weitere Kritik nicht zulasse und falls weiter kritisiert werden sollte, die Versammlung auflösen werde. Der Versammlungs-Vorsitzende Rottmeister Sidla löste dann unter allgemeinem Lärm die Versammlung auf. Am nächsten Tage wurde Rottmeister Sidla vom 11. Art.-Reg. suspendiert und gegen ihn und zwei weitere Rottmeister die Strafanzeige erstattet.“

Von der deutschen Minderheitsschule in Smichov. Die Einschreibungen für das neue Schuljahr finden am 1. und 2. September statt. Pflicht der deutschen Eltern ist es, ihre Kinder in die deutsche Schule (Stefanstraße 235) zu senden. Die Smichover Schule bietet die beste Gewähr zu einer gründlichen, gewissenhaften, modernen Vorbereitung für Mittelschulen. Sie besitzt gesunde Schulräume und pflegt die Leibesübungen. Für gründliche Erkennung der tschechischen Sprache ist gesorgt. Die Schulleitung gibt Eltern jederzeit entsprechende Aufklärungen und Ratschläge.

Merkmale von Hundswut bei einem Bettler. Wegen Verhaftung der Passanten wurde Dienstag auf dem Prager Wenzelsplatz der Bettler Heinrich Böhm aus Bronov angehalten und auf die Wache gebracht, wo er zu toben begann. Er zerriß vollständig seine Kleider und brachte sich mit einer Messerherbe mehrere Schnittwunden an den Händen bei. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß sich bei ihm Merkmale von Hundswut zeigten; Böhm wurde vor etwa drei Wochen von einem tollwutverdächtigen Hunde gebissen. Er wurde sofort in das Pasteurinstitut im Weinberger Bezirkskrankenhaus überführt.

Selbstmord aus unglücklicher Liebe. Von den Abwehrern Schanzon Prag gestern um dreieinhalb 9 Uhr abend die 13jährige Außerländerin Marie Kusch aus Prag aus einer Höhe von zwölf Metern in den Garten des Prager Senatoriums in Kobol. Durch den Sturz zog sie sich einen Doppelbruch des rechten Hüftes, Zerstückelung des Beckens und schwere innere Verletzungen zu. Obwohl sie sofort im Kobol-Senatorium operiert wurde, ist sie dennoch ihren Verletzungen erlegen. Das Motiv der Tat ist in unglücklicher Liebe zu suchen.

Kleine Chronik.

Die Grubenkatastrophe von San Francisco. In den Jagdgruben haben Gase den einzigen Schacht, zu welchem man gelangen konnte vernichtet. Die in der Grube verschütteten 48 Bergleute dürften verloren sein.

Tollige Sende in Frankreich. Die „Petit Parisien“ meldet, wütele im Arrondissement Cibrey eine heftige Epidemie — einer „Militärsieber“ genannten Krankheit. Zahlreiche Todesfälle sind zu verzeichnen.

Jugendsamenstoß. Dienstag stieß bei Nikolai Kreis Blei, ein Güterzug, der das Halbesignal überfahren hatte, auf einen Rangierzug. Bei dem Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven und 10 Güterwagen zertrümmert. Bis jetzt wurden sechs Tote und acht Verletzte gemeldet.

Die Katastrophe des Dampfers „Itala“. Beim Untergang des Dampfers „Itala“ kamen insgesamt 222 Personen ums Leben.

Der ausstehende Elefant. Eisenbein wird von Tag zu Tag seltener und teurer, da die afrikanischen Träger der wertvollen Stoßhähne von der völligen Ausrottung bedroht sind. Während beispielsweise die Kapkolonie vor 20 Jahren noch Eisenbein tonnenweise ausfuhrte, betrug der Export im Jahre 1920 nur noch ganze 135 Kilo. Früher gehörte in Mittelafrika die Entdeckung von Fundstellen verendeter Elefanten, der „Elefantenfriedhöfe“, wie sie von den Elefantenjägern genannt werden, zu den Alltagsereignissen. Es sind das fernab von den großen Karawanenstraßen gelegene, von Felsen abgegrenzte, weitverlorene Plätze, wohin sich die alten oder kranken Elefanten, wenn sie ihr nahes Ende fühlen, zurückziehen, um fern von den kräftigen Tieren der Herde in der Einsamkeit den Tod zu erwarten. Heute ist die Entdeckung eines solchen Friedhofes, der eine reiche Fundgrube für Eisenbein bildet, ein seltener Glücksfall geworden. Man muß sich daher auf eine weitere Preissteigerung des ohnehin schon hoch im Preise stehenden Eisenbeins gefaßt machen, zumal auch alle Versuche, auf künstlichem Wege Eisenbein zu erzeugen, schlagversagen sind. Das Eisenbein ist eben bis heute nicht nachzumachen, und alle bisher auf den Markt gebrachten Ersatzstoffe haben sich in der Praxis als unbrauchbar erwiesen.

Ausschneiden und einsenden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab 192
monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč
— halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich
192 Kč — (nicht Zutreffendes durch
streichen) das in Prag täglich erschei-
nende Zentral-Organ der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in
der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo
nám. 32.

Deutlich schreiben!

Vor- und Name _____

Beruf _____

Ort, Bezirk _____

Straße und Nr. _____

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Außenhandel der Tschechoslowakei in den ersten fünf Monaten 1922.

Vom Jänner bis Mai 1922 wurden in die Tschechoslowakei Waren im Gewichte von 15,216,806 Zentnern eingeführt und Waren im Gewichte von 37,915,967 Zentnern ausgeführt. Einen Schluß auf die Aktivität der Handelsbilanz lassen diese Ziffern nicht zu, da es sich hier um Gewichtszahlen und nicht um Werte handelt. Da die Tschechoslowakei Waren von spezifisch hohem Gewicht (Kohle und Holz) ausführt, ist die Gewichtsmenge der Ausfuhr stets bedeutend höher als die der Einfuhr. Was die Herkunftsländer der Einfuhr betrifft, steht Deutschland wie immer mit 53,20 Prozent an der Spitze — eine wirtschaftliche Verbundenheit zweier Staaten, wie man sie stärker nicht denken kann. An zweiter Stelle folgt Magarien mit 5,76 Prozent, an dritter Stelle die Vereinigten Staaten mit 5,68 Prozent, dann Oesterreich mit 5,48 Prozent, Polen mit 4,02, Niederlande mit 3,78, Frankreich mit 2,64, Rumänien mit 2,45, Italien mit 1,83, Jugoslawien mit 1,62, Groß-Britannien mit 1,53 und Belgien mit 1,27 Prozent. — Was die Ausfuhr betrifft, steht abermals Deutschland an erster Stelle, nämlich mit 38,81 Prozent, dann folgt Oesterreich mit 34,03 Prozent. Nach Deutschland und Oesterreich wurden also zusammen 72,84 Prozent aller exportierten Waren ausgeführt. Fast drei Viertel unseres Exportes (dem Gewicht nach) gehen also nach Deutschland und

Oesterreich. Es ist demnach keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß Deutschland, Oesterreich und die Tschechoslowakei ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden. Nach allen anderen Ländern ist die Ausfuhr an Deutschland und Oesterreich gemessen, gering, abgesehen von Magarien, wohin 9,61 Prozent unserer Ausfuhr gehen. Dann folgen: Frankreich mit 2,30, Polen mit 2,18, die Schweiz mit 1,69, Italien mit 1,56, Niederlande mit 1,56, Groß-Britannien mit 1,46 und Jugoslawien mit 1,12 Prozent. Nach allen übrigen Staaten gingen weniger als ein Prozent unserer Ausfuhr. — Man kann nur immer wieder wünschen, daß die vom statistischen Staatsamt herausgegebenen Ziffern auch im Ministerium des Auswärtigen eingesehen werden, damit man weiß, daß die wirtschaftliche Existenz der Tschechoslowakei nicht in erster Linie auf guten Beziehungen zur Kleinen Entente und Frankreich, sondern auf den guten Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich beruht.

Die Wirtschaftskrise im Erzgebirge.

Die fürchterliche Wirtschaftskrise, die sich in verheerender Weise über alle Industrien dieses Staates ergriff, und in schrecklicher Ausdehnung fast alle Arbeiter durch Arbeitslosigkeit in die denkbar traurigsten Lebens- und Existenzverhältnisse zwingt, hat nun auch auf die ohnehin arme Erzgebirgsregion übergegriffen. Nachdem schon wie der Karlsbader „Volkswille“ meldet, vor mehreren Monaten der Betrieb von Restler u. Preißfeld in Breitenbach (südlich Milschütz) wurde und die Firma C. R. Reel u. Co. in Platten über ein halbes Jahr nur drei Tage in der Woche gearbeitet hat, hat sich nun auch das Schredgespenst der Not und des Elends der Arbeiter der Großbetriebe bemächtigt. Die Eisenwerke Rothau und Reudel haben vor wenigen Tagen über 400 Personen entlassen. Durch weitere Verschärfung der Absatzkrise und Mangel an Aufträgen wurden den noch zurückgebliebenen Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben, daß ab dieser Woche, um weitere Entlassungen zu vermeiden, nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird. Auch aus den anderen Betrieben kommen ähnliche Meldungen. So heißt es, daß die Papierfabrik in Reudel ihren Betrieb auf zwei Tage in der Woche reduziere und die Firma Bernsch in Hammerhäuser ihre sämtlichen Arbeiter entlassen habe. Die Arbeiter der Rothauer Eisenwerke haben nun in einer Versammlung zu der gegenwärtigen traurigen Lage in der Metallindustrie Stellung genommen und in einer Resolution die nachstehenden Forderungen erhoben: 1. Herabsetzung der Frachten. 2. Aufhebung der Kohlensteuer. 3. Herabsetzung der Lebensmittelpreise durch Einführung von Höchstpreisen und 4. zollfreie und unbehinderte Einfuhr aller Lebensmittel. Nach Schluß der Versammlung zogen alle Beteiligten in geordnetem Zuge zur politischen Bezirksverwaltung, wo durch eine Deputation die Resolution zur Weiterleitung an die kompetenten Stellen mit nochmaliger mündlicher Begründung des Standpunktes der Arbeiter und Beamten übergeben wurde.

Weitere Arbeiterentlassungen.

Aus Brüx wird der „Prager Abendzeitung“ berichtet: Der Betrieb der Porzellan- und Steingutfabrik Karl Spitz in Brüx ist eingestellt worden. Die Firma hat sämtlichen Angestellten und Arbeitern, beym. Arbeiterinnen, im ganzen etwa 250, die 14tägige Kündigung überreicht. Die Zahl der Arbeitslosen in Brüx betrug Anfangs dieses Monats 557. Infolge der Betriebs-einstellung der Austria-Emailierwerke und der Porzellanfabrik dürfte die Zahl der Arbeitslosen am Anfang des nächsten Monats 1000 weit übersteigen. Aus Mähr.-Trübau wird gemeldet: Es verlautet aus sicherer Quelle, daß in der zumeist nur beschränkt arbeitenden Seidenindustrie in Kürze gänzliche Einstellungen platzgreifen werden, da für die überproportionalen Lager des hohen Standes der Krone, kein Absatz gefunden wird. Die Firma Hermann Schuster dürfte die erste sein, die ihren Betrieb schließen, und nur in Hohenstadt allein weiterarbeiten wird. Wenn sich im Laufe der Woche keine Venderung der Situation ergibt, wird in der ersten Hälfte September auch die Gold- und Silberwarenfabrik J. Bibus u. Sohn, das größte Unternehmen dieser Art in der Republik, gezwungen werden, zu schließen und gegen 300 Arbeiter würden dann arbeitslos.

Betriebsstilllegungen in Oiböhmen. Die Flachindustrie in Oiböhmen befindet sich seit fünf Jahren in einer entsetzlichen Krise. Durch 5 Jahre wurde nur wöchentlich 26 Stunden gearbeitet. Die größten Betriebe der Flachindustrie des ganzen Staates haben nunmehr ihre Betriebe am 28. August vollständig stillgelegt. Die Firma Falstis beschäftigt annähernd 1700, die Firma Kluge 900 und die Firma Etich 600 Arbeiter. Die Arbeiterchaft der Flachindustrie hat durch die Kurzarbeit der letzten Jahre ungeheuer darben müssen. Durch die unvernünftige Politik der Regierung in diesem Staate sind nun die Betriebe gänzlich zum Stillstand gekommen und die Arbeiterschaft ist vollständig arbeitslos geworden. Die Regierung trägt sich mit dem Gedanken, obzwar zu wenig Rücksicht in der tschechoslowakischen Republik produziert wird, die Ausfuhr von gebrochenen Flach zu erhöhen. Die Spinnereibereinigung hatte sich verpflichtet, fünfzig Waggons Flach abzunehmen. Falls dies nicht geschehen wird, bleibt der Rest für die Ausfuhr frei, die Flachhändler und Flachsbauern verlangen jedoch freie Ausfuhr ohne Beschränkung. Es wäre hoch an der Zeit, daß die Regierung einsieht, daß Sie durch ihre Handelspolitik die Arbeiterschaft zur Verzweiflung treibt.

Der Abwehrkampf der Holzarbeiter in Mähren und Schlesien. Wie in allen anderen Branchen, streben auch die mährischen und schlesischen Eigenwerksbesitzer den Lohnabbau an. Zunächst versuchen es die Firmen, den geltenden Kollektivvertrag zu umgehen. Ein Unternehmen in Mährisch-Schönberg wollte die Arbeiter um den vertraglich festgelegten Urlaub pressen, aber das dortige Gewerbegericht war anderer Meinung und verurteilte die Firma zur Zahlung. Ein anderes Unternehmen wollte seinen Arbeitern nicht das Entgelt für Mobilisierte nach § 1154 auszahlen, so daß auch dieses dem Gerichte angezeigt werden mußte. Die Unternehmer sehen also, daß mit dem Lohnabbau nichts zu machen ist, solange die Verträge gültig sind, und die Arbeiter wachsam dahinter stehen. Infolgedessen haben sie zunächst den Rahmenvertrag für Schlesien gekündigt, wo am 1. September der vertrießlose Zustand eintritt. Auch in Oiböhmen und in Mähren werden sie wohl zur Kündigung der Verträge schreiten. Die Unternehmer wollen den Kampf, aber auch die Arbeiter stehen zur Abwehr gerüstet.

Kurze der Wäkten.

Prager Kurse. Es kofien: 100 holl. Gulden 1164, 100 Mark 260, 100 Schweiz. Franken 564.50, 100 Lire 130.75, 100 franz. Franken 231.75, 1 Pfund Sterling 135.25, 1 Dollar 30.30, 100 belg. Franken 220, 100 Dinar 32.25, 100 österr. Kronen 0.03 1/2, 100 poln. Mark 0.42, 100 ung. Kronen 1.60.

Wäktische Kurse. Berlin 0.38, Wien 0.00 1/2, Prag 17.25, Holland 204.75, New York 5.25 1/2, London 28.47, Paris 40.65, Mailand 23.47, Budapest 0.30, Agram 1.42 1/2, Warschau 0.06, Wien gest. 0.00 1/2.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute „Wasserschied“, Freitag „Frau im Hermelin“, Samstag „Und Pippa tanzt“, Sonntag nachm. „Rose von Damask“, abend „Tannhäuser“, Montag „Kaufmann von Venedig“, Dienstag „Richard III.“

Kleine Bühne. Samstag „Morphium“, Sonntag „Am Teufelsh.“

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Freudensthal findet Sonntag, den 10. September statt. Tagesordnung: „Unsere nächsten Aufgaben“ (Abg. Genosse Heeger), „Unsere Frauen- und Jugendbewegung“ (Sekretär Genosse Rath er), „Bildungsarbeit und Presse“ (Senator Genosse Linz).

Die Bezirkskonferenz Arnau findet Sonntag, den 17. September im Gasthause der Frau Scholz in Arnau statt.

Turnen und Sport.

Leichtathletik. Der Länderwettkampf Oesterreich gegen Tschechoslowakei wird am kommenden Sonntag in Wien ausgetragen werden.

Prager Schwimmer in Wien. Beim Schwimmfest des Oesterreichischen Sportsklubs Wien 1918, welches heute und Freitag im Dianabad ausgetragen wird, starten die Wasserballmannschaften der Slavia und Sparta aus Prag, außerdem auch einige Schwimmer und Schwimmerinnen dieser Vereine. Aus Preßburg kommt der Ungari KC. Auch der Cestho Blawerth-Klub aus Prag soll an dem Meeting teilnehmen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Gernah.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Für den Druck verantwortlich: O. Gollh.

Alle

sollen den Vertrieb des

Tschener

Parteitagsprotokolls 1921

organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sobald die Gesamtbestellungen richten an das

Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Leptitz-Schönan, Seilerstraße 1.

Das Protokoll kostet im Einzelvertrieb 25 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen ausschließl. Porto!

Die Volksbuchhandlung Stadt- und Dorf-
Ernst Sattler, gemeinde fördern
Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art

Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegentlich Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungsfragen. **Rommals Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Jönem auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freiheit
Leptitz-Schönan
Theresienstraße 18.